

BAYER & MONSANTO — BLEIBT UNS VOM ACKER

WAS MEGAFUSIONEN FÜR DIE WELTERNÄHRUNG BEDEUTEN

DIE SPITZE DES FUSIONSEISBERGES

KONZENTRATIONSPROZESSE IM GLOBALEN SAATGUT- UND PESTIZIDBEREICH

von Stig Tanzmann und Bernhard Walter (beide Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst)

Als im Herbst 2016 verkündet wurde, dass die Bayer AG Monsanto für 66 Milliarden Dollar kaufen möchte, traf dies die Agrarwelt wie ein Schock. Schnell wurde klar: Wenn die Fusion tatsächlich durchgeht, wird ein neuer Konzerngigant entstehen, der circa 30 Prozent des kommerziellen Weltsaatgutmarktes und knapp 25 Prozent des Pestizidmarktes kontrollieren wird. Die Folgen für die Welternährung und die Landwirtschaft werden angesichts dieser Marktmacht bedeutend sein. Verschärft wird die Situation dadurch, dass bereits in den vorhergehenden Monaten die Übernahme von Syngenta durch ChemChina und die Fusion von DuPont und Dow Chemicals in die Wege geleitet wurden. Sollten alle Zusammenschlüsse wie geplant stattfinden, würden nur drei Konzerne rund 60 Prozent des kommerziellen Weltsaatgutmarkts- und rund 65 Prozent des Weltpestizidmarkts dominieren – ein Oligopol mit enormer wirtschaftlicher Macht und großem politischen Einfluss.

Das Bayer-Kreuz auf der Spitze des Fusions-eisbergs führt uns vor Augen, wie dramatisch die Konzentrationsprozesse im Saatgut- und Pestizidbereich in den letzten 30 Jahren voran geschritten sind. Zu Beginn der 1980er Jahre hatte kein Saatgut- oder Pestizidunternehmen einen Weltmarktanteil von mehr als 5 Prozent. Dann kauften Unternehmen aus der Chemiebranche (Pestizidhersteller) Saatgutunternehmen und begannen, Saatgut und Pestizide im Paket zu vermarkten. In der Folge setzte ein heute anhaltender Konzentrationsprozess ein. Es waren vornehmlich Nichtregierungsorganisationen (NRO), die auf die problematische Markt- und Machtkonzentration aufmerksam machten. Von der Politik wurden diese Warnungen bislang kaum gehört.

MÖGLICHE KONSEQUENZEN FÜR DEN GLOBALEN SÜDEN

Klar ist, dass sich weltweit die Saatgutzüchtung noch stärker an den Markt- und Profitinteressen der dominanten Konzerne orientieren wird. Dies bedeutet auch, dass vor allem Pflanzen gezüchtet werden, die von den Wertschöpfungsketten der Nah- und Supermarktketten nachgefragt werden.

Dabei wäre mit Blick auf die Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung und die Überwindung des Hungers eine stärkere Ausrichtung der Saatgutzüchtung und Saatgutbereitstellung am Bedarf von in Armut lebenden Bauern und Bäuerinnen notwendig. Die Bedürfnisse dieser Milliarden von Menschen liegen vor allem bei sehr günstigem, wenn nicht kostenlosem, oder über eigenen Nachbau und Tausch zu erlangendem Saatgut. Zusätzlich haben sie ein Interesse an einer großen Vielfalt an Pflanzen, was in Widerspruch zur Einheitlichkeit in den großen Wertschöpfungsketten steht. Doch wenn diese Bedürfnisse erfüllt werden, lassen sich für Bayer nicht die riesigen Übernahmekosten refinanzieren.

IMMENSE ÜBERNAHMEKOSTEN MÜSSEN REFINANZIERT WERDEN

Auf den Saatgut- und Pestizidmärkten in Nordamerika und Europa ist kaum noch Wachstum möglich und es lassen sich nur noch wenige zusätzliche Gewinne abschöpfen. Denn diese Märkte sind von den bestehenden Konzernen bereits gut erschlossen. Der Markt in Europa könnte sich, sollte die Agrarpolitik der Europäischen Union (EU) stärker ökologisch ausgestaltet werden, potenziell negativ für einen neuen Megakonzern wie „BaySanto“ entwickeln. Deshalb gibt es in Nordamerika und Europa wenig Aussicht auf eine Refinanzierung der Übernahme.

Folgerichtig sind schon vor den Fusionen die Saatgutmärkte im globalen Süden immer stärker in den Fokus der Konzerne gerückt. Dort wird noch immer ein Großteil des Saatguts über bäuerliche Saatgutssysteme, inklusive Nachbau, aber auch über staatliche Züchtung erzeugt. Hier können die Konzerne neue Märkte erschließen. Für die teils über Jahrhunderte entstandenen bäuerlichen Saatgutstrukturen ist zu befürchten,

dass sie im Prozess der Markterschließung in noch schärfere Auseinandersetzungen mit Konzernen wie Bayer-Monsanto kommen werden als bisher.

In Afrika, Asien und Südamerika ließen sich die Vorläufer dieser Entwicklung in den letzten Jahren beobachten. Dort wurde auf nationaler und regionaler Ebene eine Reihe von Gesetzen auf den Weg gebracht oder erlassen, welche die Rechte der pflanzenzüchtenden Konzerne bei Saatgutzulassung und geistigen Eigentumsrechten über die der Bauern und Bäuerinnen stellen. Diese Entwicklung kann den Verlust der eigenen bäuerlichen Saatgutarbeit, wie schon in den USA und Europa, bedeuten. Damit würden eine unglaubliche Diversität sowie eine alternative Basis für die Anpassung an den Klimawandel verloren gehen. Die Abhängigkeit beim Zugang zu Saatgut von den drei verbleibenden Mega-Konzernen würde drastisch zunehmen. Daher wird die Ankündigung von Bayer-Monsanto, einen wichtigen Beitrag zur Welternährung liefern zu wollen, von vielen Bauern und Bäuerinnen sowie sozialen Bewegungen als Angriff und Bedrohung anstatt als positives Versprechen gesehen.

ALLE MACHT DEN KONZERNEN?

Es muss mit großer Sorge verfolgt werden, wie die Saatgutkonzerne versuchen, ihre Macht und Kontrolle über das Saatgut auszuweiten. Immer aggressiver versuchen sie, geistige Eigentumsrechte über das Sortenschutzabkommen des Internationalen Verbands zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV91) auch in Ländern des globalen Südens durchzusetzen und die Regeln von UPOV91 selbst weiter zu verschärfen. Einige neu vorgelegte und offensichtlich von den Konzernen beeinflusste Gesetzesinitiativen im glo-

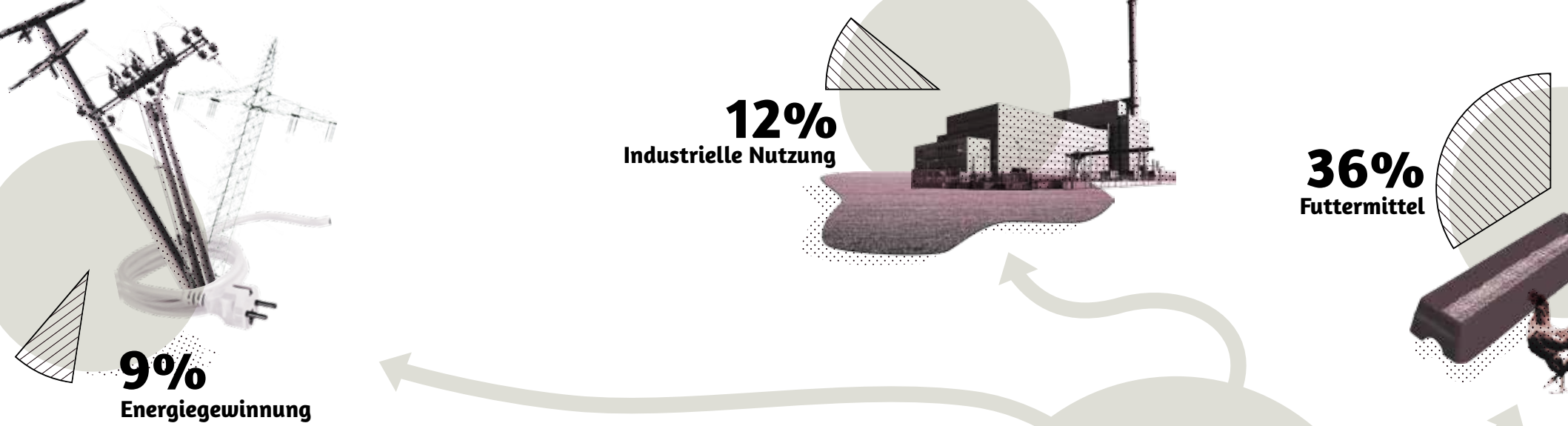
balen Süden gehen deutlich über die von bäuerlicher Seite immer wieder kritisierten Bestimmungen von UPOV91 hinaus. Die Einführung von UPOV91 mit seinen strengen Regeln zu Saatgutverkauf, -lagerung, -nachbau, -züchtung und -zulassung würde bäuerliche Saatgutsorten noch weiter an den Rand drängen und Bauern und Bäuerinnen dabei behindern, wie bisher Saatgut frei auszutauschen oder zu verkaufen. Bei einseitiger Auslegung von UPOV91 droht sogar eine Kriminalisierung dieser Tätigkeiten.

Zusätzlich treiben die Konzerne die Patentierung von Saatgut, aber auch von einzelnen genetischen Teilinformationen stark voran. Über Patente haben sie exklusiven Zugriff auf das Saatgut und die Genetik und können so züchterische Aktivitäten konkurrierender Konzerne und mittelständischer Unternehmen je nach Interesse verhindern, behindern oder zahlungspflichtig machen.

Nicht zu unterschätzen ist der durch die Marktkonzentration weiter zunehmende Einfluss der Konzerne auf Beschlüsse in Gremien der Vereinten Nationen (VN), wie den Saatgutvertrag der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) oder die Biodiversitätskonvention (CBD). Die Interessensverbände der Industrie wie „CropLife International“ oder der Internationale Saatgutverband (ISF) haben dort ebenso wie die Zivilgesellschaft nur beobachtende Funktionen. Aber wenn sich diese Verbände am Rande von Verhandlungen äußern, kommt keine Regierung oder VN-Institution mehr so schnell an dieser Äußerung vorbei. Wenn in Zukunft nur drei Konzerne den Mammutanteil des kommerziellen Weltsaatgutmarktes abdecken, wird ihr politischer Einfluss noch zunehmen.

Werden die Mega-Fusionen nicht verhindert, bedeutet dies, dass sich das „business as usual“ bei globalen Agrarfragen, für das insbesondere die großen Saatgut- und Pestizidkonzerne stehen, noch über Jahrzehnte fortsetzen und sogar verfestigen wird. Dabei ist mittlerweile bekannt, so auch der Weltagrarbericht, dass „business as usual“ keine Option ist.





MENSCHENRECHT AUF NAHRUNG

STATT ETIKETTENSCHWINDEL von Roman Herre (FIAN Deutschland)

Die Wurzel des globalen Hungerproblems liegt nicht im Mangel an Nahrungsmitteln, sondern im mangelnden Zugang großer Teile der Weltbevölkerung zu den vorhandenen Lebensmitteln. Anders gesagt, es wäre genug für alle da, aber 800 Millionen Menschen leiden täglich schweren Hunger, weil Nahrungsmittel ungerecht verteilt sind.

Das hält große Agrarkonzerne nicht davon ab, gebetsmühlenartig die Produktionssteigerung als Lösung zu präsentieren. „Die weltweite Lebensmittelproduktion muss bis 2050 um 60 Prozent gesteigert werden“¹, so beispielsweise die Botschaft des Bayer-Konzerns. Der dazugehörige, viel zu einfache Dreisatz von Bevölkerungswachstum, Produktionssteigerung und Hungerbekämpfung erfüllt einen wichtigen Zweck. Die tonangebenden Akteure – Staaten wie Konzerne – etikettieren ihre problematische Markt- und Machtexpansion als Lösung für den Hunger in der Welt um.

AN DEN GEBROCHENEN VERSPRECHEN MESSEN

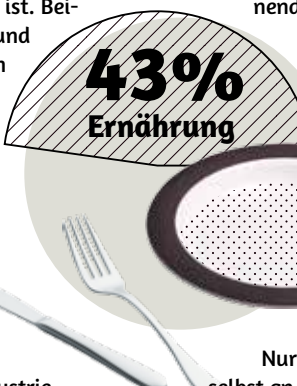
Der Dreisatz verschleiert, dass Hunger in erster Linie eine hoch politische Frage der Verteilungsgerechtigkeit und weniger eine Frage der globalen Produktionsmengen ist. Beispielsweise wird heute aufgrund politischer Weichenstellungen nicht einmal mehr die Hälfte der Weltgetreideernte direkt für die Ernährung verwendet. Immer mehr davon kommt als Futtermittel in die Tröge der Mastanlagen, wird zu Plastik verarbeitet oder landet als Agrarkraftstoff im Tank.

Zur Erinnerung: Die Agrarindustrie und in deren Gefolge viele Staaten versprechen seit über 50 Jahren, dass eine hochindustrialisierte und globalisierte Landwirtschaft die Welt ernähren wird. An diesem vielfach gebrochenen Versprechen sollte man sie messen.

HUNGER AN DER WURZEL PACKEN

Mehr Kleinbauern und Kleinbäuerinnen als jemals zuvor sind weltweit in der Landwirtschaft tätig. Aber die industrielle, sich selbst gerne als „modern“ bezeichnende Landwirtschaft nimmt ihnen die Luft zum Atmen. So produzieren Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in vielen Ländern bis zu 80 Prozent der Nahrungsmittel, machen über 90 Prozent der Betriebe weltweit aus, bewirtschaften aber nur noch ein Viertel des weltweiten Agrarlandes.

Nur wenn die Bauern und Bäuerinnen selbst an Lösungen zur Hungerbekämpfung beteiligt werden und ihre Rechte, Saatgut frei zu nutzen und Land zu bewirtschaften, gegenüber Agrarkonzernen gestärkt und durchgesetzt werden, kann es gelingen, das Recht auf Nahrung weltweit zu verwirklichen.



1) www.bayer.de/de/agrarwirtschaft-forschung-ernaehrung.aspx

WEITERE FUSIONSWELLEN AM HORIZONT

– „BIG DATA“ IN DER LANDWIRTSCHAFT



Interview mit Pat Mooney von der ETC Group.

Noch sind die Riesenzusammenschlüsse nicht in trockenen Tüchern. Es lohnt sich, sie zu bekämpfen. Mit der Digitalisierung der Landwirtschaft kommen der konzentrierte Landmaschinensektor und möglicherweise große IT-Unternehmen mit ins Spiel.

Pat Mooney kämpft seit den 1970er Jahren für die Freiheit des Saatgutes in den Händen der Bauern und Bäuerinnen und wurde dafür 1985 mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet. Heute leitet er die internationale Aktionsgruppe ‚Erosion, Technology and Concentration‘ (ETC).

Sie sagen, dass wir „BaySanto“ noch stoppen können, also die Übernahme von Monsanto durch Bayer. Wie können wir das schaffen? Sicher. Die Anteilseigner*innen der Unternehmen sind diejenigen, die die Entscheidung über die Fusion treffen. Wenn sie keinen finanziellen Vorteil darin sehen, werden sie nicht mitmachen. Die Wachstumsmärkte der großen Chemieunternehmen liegen nicht in Europa oder in Nordamerika. Sie liegen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Dort machen die vier Länder

Argentinien, Brasilien, Indien und China bereits 33 Prozent des globalen Pestizidmarktes aus. Wenn zwei dieser Länder oder andere Kombinationen von Ländern, die einen signifikanten Teil des Marktes ausmachen, „Nein“ sagen, dann gibt es keinen Profit für die Anteilseigner*innen. Sie werden den Manager*innen sagen: „Vergesst es! Geht nach Hause! Wir machen es nicht, denn wir werden dabei Geld verlieren.“

Sie sagen, die „Monsanto-Bayer-Hochzeit“ sei nur der Anfang einer neuen Welle von Fusionen und eines Booms für die Digitalisierung der Landwirtschaft. Sie nennen es sogar „Googlefication der Landwirtschaft“. Was bedeutet das? In der grünen Gentechnik – wir sehen es in der sogenannten Präzisionslandwirtschaft – geht es um große Datenmengen. Es geht um den Umgang mit diesen Daten, wie man die Algorithmen kontrolliert und entwickelt. Als Saatgutkonzern oder als Hersteller von Pestiziden schaffst du neue Genstrukturen, neue DNA. Und dann kannst du Sensoren benutzen, um nachzuerfolgen, was mit deiner Saat, deinem Dünger, deinen Pestiziden auf dem Acker oder zur Erntezeit passiert. Am Ende gibt es dann einen Verschmelzungsorgang, der Daten aus den riesigen Biotech- und Chemieunternehmen mit den Sensordaten verbindet, welche von der Landtechnikindustrie kontrolliert werden. Es ist lukrativer, all diese Daten in die Hand eines Unternehmens zu legen. Und natürlich führt das zu Entwicklungen, wie wir sie schon gesehen haben: John Deere, das weltweit größte Landtechnikunternehmen, macht gemeinsame Sache mit Bayer und Monsanto. Sie haben bereits Vereinbarungen für die nächsten Schritte

der Zusammenarbeit getroffen. Sie benutzen dieselben Argumente, die sie jetzt schon für ihre Firmenpolitik nutzen: „Der Welthunger verlangt es, der Klimawandel verlangt es, wir müssen mit Größe auf die Herausforderungen reagieren, lasst uns die Vorteile von ‚Big Data‘ nutzen, um alles zusammenzufügen.“

Sie sagen, dass die Schlüsseltechnologien und die entscheidenden Ressourcen, um die Welt zu ernähren – auch unter den aktuell herrschenden Bedingungen – in der bäuerlichen Landwirtschaft liegen. Wie können Sie das behaupten?

Kleinbauern und Kleinbäuerinnen erzeugen tatsächlich die meisten Lebensmittel, um die Weltbevölkerung zu ernähren. Ursprünglich wurde das angezweifelt, aber nachdem Wissenschaftler*innen und Institutionen wie die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen es genauer untersucht haben, ist es eindeutig nachgewiesen. Einer der Gründe, warum Bauern und Bäuerinnen so erfolgreich sind, Lebensmittel zu erzeugen und der Welt, speziell in Hungerregionen, zur Verfügung zu stellen, ist, dass das industrielle System darin so schlecht ist. Für jeden Euro, den die Verbraucher*innen in Industrieländern für Produkte der Lebensmittelindustrie ausgeben, müssen sie mehr als zwei Euro aufwenden, um Schäden für Gesundheit und Umwelt derselben Lebensmittelindustrie abzudecken. Denn 40 Prozent des Essens schaffen es gar nicht auf unsere Tische und weitere 25 Prozent, die es auf den Tisch geschafft haben, werden am Ende weggeworfen. Das System ist so schrecklich ineffizient, dass es nur 30 Prozent der Lebensmittel für die Menschen erzeugt.

Aber auch darüber hinaus ist bäuerliche Landwirtschaft das bessere System für unsere Lebensmittelerzeugung, weil es am flexibelsten reagieren kann, am vielfältigsten ist und sich am schnellsten an sich ändernde äußere Bedingungen anpassen kann. Das industrielle Modell ist schlicht nicht in der Lage, sich an die wichtigsten Änderungen anzupassen.

„Gene Drive“ (eine Methode, mit neuen Züchtungstechnologien zur schnelleren Verbreitung von bestimmten Genen in Populationen zu sorgen, Anm. d. Red.) ist nun ein großes Thema in der Landwirtschaft. Was steckt dahinter?

„Gene Drive“ macht keinen Halt, weil es die ganze Idee des chemischen Pflanzenschutzes aushebelt, indem es Unkraut und Schädlinge auch in der Wildnis bekämpft. Es ist ein Angriffssystem, das nicht zu kontrollieren und dadurch zu gefährlich ist, um es in die Natur zu entlassen. Die Technologie wird zunehmend als Strategie zum Schutz gegen invasive Arten in Ökosystemen diskutiert. Doch viele Regierungen, Wissenschaftler*innen und Akteure aus der Zivilgesellschaft sagen gemeinschaftlich: „Nein, wir wollen ein Moratorium zu Forschung und Nutzung von ‚Gene Drive‘.“ Diese Haltung der Vorsicht kommt nun auch zurück nach Europa. Hier muss das Vorsorgeprinzip angewendet werden, ich denke, wir haben gute Chancen das durchzusetzen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Gekürzte und leicht veränderte Version des Interviews mit Pat Mooney, das Benedikt Härlin (Zukunftsstiftung Landwirtschaft) Ende Oktober 2016 in Berlin führte.



BAYERS GESCHÄFT MIT PESTIZIDEN BRINGT MENSCHENRECHTE IN GEFAHR

von Sarah Schneider (MISEREOR)

WER DIE SAAT HAT, HAT DAS SAGEN

von Lena Michelsen und Jan Urhahn
(beide INKOTA-netzwerk)

Mit der Erklärung zu den Rechten von Bauern und Bäuerinnen Menschen in ländlichen Regionen weltweit stärken

Die internationale Bauernbewegung La Vía Campesina macht sich stark für die Rechte von Bauern und Bäuerinnen und warnt: „Wenn wir weiter ‚business as usual‘ betreiben, werden noch mehr Menschen hungern und die Kleinbauern und -bäuerinnen werden weiter verarmen und an den Rand gedrängt werden.“

Im September 2012 wurde vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (VN) eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die eine Erklärung für die Rechte von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und anderen im ländlichen Raum arbeitenden Menschen formulieren soll. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Bedeutung von kleinbäuerlicher Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei für die Ernährung der Weltbevölkerung anzuerkennen und die Rechte der Landarbeiter*innen weltweit zu stärken. Obwohl Kleinbauern und Kleinbäuerinnen den größten Anteil der Nahrungsmittel weltweit erzeugen und somit einen unverzichtbaren Beitrag für den Kampf gegen Hunger und Armut sowie den Erhalt natürlicher Ressourcen leisten, werden ihre Rechte täglich mit Füßen getreten: Ländliche Räume werden vernachlässigt, Menschen auf dem Land werden aus politischen Prozessen ausgeschlossen und Hunger hat in erster Linie ein ländliches Gesicht.

Um diese Situation zu entschärfen, müssen dringend ihre Rechte auf Land und natürliche Ressourcen gestärkt und gegen Großkonzerne verteidigt werden. Auch für den freien Zugang zu bäuerlichem, vielfältigem Saatgut als grundlegende Ressource für eine nachhaltige, kleinbäuerliche Landwirtschaft kann die Erklärung der VN einen wichtigen Beitrag leisten. Bauern und Bäuerinnen sollten ihr eigenes Saatgut und andere genetische Ressourcen nutzen, weiterentwickeln und austauschen können. Die Erklärung schreibt außerdem ihr Recht darauf fest, selbst zu entscheiden, was angebaut werden soll. Von den VN verabschiedete Erklärungen müssen zwar stets noch in nationales Recht übertragen werden, aber sie können eine enorme internationale Wirkungskraft entfalten.

Im Mai 2017 wird die Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Erklärung bereits zum vierten Mal tagen. Auch ein internationaler Kongress in Schwäbisch Hall im März 2017 war ein wichtiger Meilenstein, um die Verabschiedung einer offiziellen Erklärung voranzubringen. Die deutsche Bundesregierung sollte aktiv für die Erklärung und für den Schutz der Menschenrechte in ländlichen Gebieten eintreten, damit der Verhandlungsprozess zur Zukunftssicherung von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen beitragen kann.

Bayer ist das zweitgrößte Agrochemie-Unternehmen der Welt, mit Sitz in Deutschland, dem weltweit größten Pestizid-Exportland. Durch die Fusion mit Monsanto würde der neue Mega-Konzern ein Viertel des globalen Marktes für Pestizide kontrollieren. Die Wachstumsmärkte für seine Produkte sieht der Konzern vor allem in Asien, Lateinamerika und Afrika. Nur vier Länder – Argentinien, Brasilien, Indien und China – machen derzeit 33 Prozent des globalen Pestizidmarktes aus.

Bayers Export hochgiftiger Pestizide in den globalen Süden ist besorgniserregend. Der Konzern vertreibt dort Pestizide, die auf dem europäischen Markt längst verboten sind. Einem aktuellen Bericht der Vereinten Nationen (VN) zufolge sterben 200.000 Menschen jährlich an akuten Pestizidvergiftungen. 99 Prozent dieser Todesfälle ereignen sich in Entwicklungsländern. Den Schätzungen des Pestizid-Aktions-Netzwerks zufolge leiden bis zu 41 Millionen Menschen weltweit an den gesundheitlichen Auswirkungen von Pestiziden. Gründe dafür sind die fehlende Regulierung des Pestizidhandels und -einsatzes durch die Regierungen sowie die mangelhafte Aufklärung der Anwender*innen über die Gefahren der Pestizide für Mensch und Umwelt. Die Menschenrechte auf Leben, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, Wasser, Nahrung und Gesundheit sind dadurch bedroht.

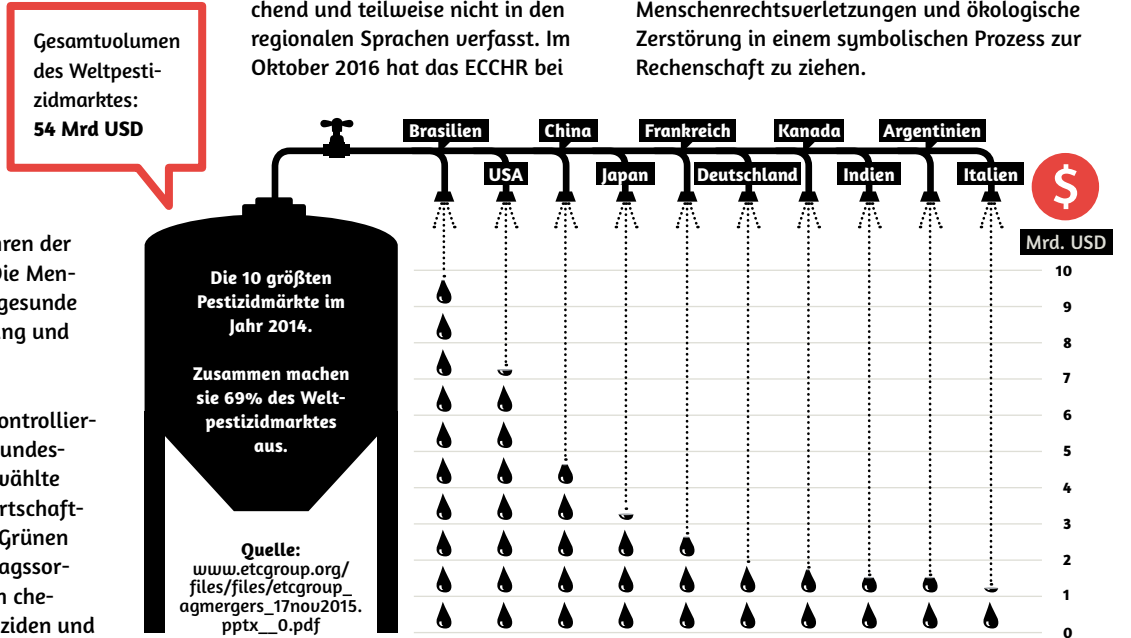
Deutlich werden die Folgen des unkontrollierten Pestizideinsatzes im indischen Bundesstaat Punjab. In den 1960er Jahren wählte die indische Regierung diese landwirtschaftliche Region für die Einführung der Grünen Revolution aus. Mit neuen Hochertragsorten, kombiniert mit dem Einsatz von chemisch-synthetischen Düngern, Pestiziden und

Bewässerungssystemen, sollten die Erträge von Reis, Weizen und Baumwolle massiv gesteigert werden. Bis heute ist der Einsatz von Pestiziden in der Region um das 17-fache gestiegen. Untersuchungen zeigen die Pestizidbelastung des Wassers, der Nahrung und den Verlust der Biodiversität. Sie geben Anlass zur Annahme, dass die erhöhten Krebsraten in der Region und andere Gesundheitsbeeinträchtigungen mit dem massiven Pestizideinsatz zusammenhängen.

Auch hochgiftige Pestizide von Bayer kommen im Punjab zum Einsatz. Den Recherchen des Europäischen Zentrums für Verfassungs- und Menschenrechte (ECCHR) zufolge, unterstützt von MISEREOR und Brot für die Welt, trägt Bayer nicht ausreichend Sorge, dass Bauern und Bäuerinnen über die Gefahren der Pestizide und über die nötigen Schutzmaßnahmen informiert sind. Die Warnhinweise auf den Produktpackungen sind unzureichend und teilweise nicht in den regionalen Sprachen verfasst. Im Oktober 2016 hat das ECCHR bei

der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen gegen Bayer Anzeige erstattet und die Behörde aufgefordert, zu prüfen, ob der Konzern die Regeln für Pestizid-Export verletzt. Indische Aktivist*innen forderten im Juni 2016 in einer Klage beim obersten Gerichtshof in Neu Delhi das Verbot von 66 Pestiziden, darunter Produkte von Bayer, die in anderen Ländern längst verboten sind.

Den extraterritorialen Staatenpflichten und Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der VN zufolge ist es die Aufgabe der Bundesregierung Sorge zu tragen, dass deutsche Unternehmen wie Bayer keine Menschenrechte gefährden oder verletzen. Wenn die Fusion zwischen Bayer und Monsanto zustande kommt, wird diese Verantwortung noch größer. Erst im Oktober 2016 hat in Den Haag das ‚Monsanto Tribunal‘ stattgefunden, eine Initiative der internationalen Zivilgesellschaft, um den US-Konzern für Menschenrechtsverletzungen und ökologische Zerstörung in einem symbolischen Prozess zur Rechenschaft zu ziehen.



AUFS KORN GENOMMEN: SAATGUTSOVERÄNITÄT AUF DEN PHILIPPINEN

Der Kampf um bäuerliche Selbstbestimmung im Saatgutbereich ist ein globaler. Auf den Philippinen macht das Netzwerk Masipag vor, wie Saatgutsouveränität aussehen kann.

Masipag besteht aus Bauern und Bäuerinnen, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaftler*innen. Es ist selbstorganisiert und setzt sich seit den 1980er Jahren für die Verwirklichung der Rechte und der Selbstbestimmung von bäuerlichen Erzeuger*innen ein. Cris Panerio arbeitet bereits seit 20 Jahren bei Masipag, zunächst als Mitarbeiter im Bereich Forschung und Technik, dann als Regionalkoordinator auf der Insel Luzon. Seit 2016 ist er nationaler Koordinator des Netzwerks.

Was bedeutet Saatgutsouveränität für dich bzw. Masipag?

Essen entsteht aus Saatkörnern, deshalb haben Saatgut- und Ernährungssouveränität für uns dieselbe Bedeutung. Die Begriffe beziehen sich auf die nachhaltige Nutzung, Kontrolle, Verbesserung und Vermehrung von Saatgut ohne die Einflussnahme des Agribusiness. Es sind die Bauern und Bäuerinnen, welche die gesellschaftliche Aufgabe haben, Nahrungsmittel zu erzeugen. Deshalb sollte der Staat dafür Sorge tragen, dass ihre Rechte auf Saatgut, Technologien und Land realisiert werden.

Saatgutsouveränität ist stets mit den Rechten von Bauern und Bäuerinnen verbunden.

Wie leistet Masipag Widerstand gegen die zunehmende Einflussnahme des Privatsektors im Saatgutbereich?

Wir arbeiten kontinuierlich daran, die Sammlung der bäuerlichen Reissorten zu vergrößern. Zudem organisiert das Netzwerk Weiterbildungsangebote zur Reiszüchtung für seine Mitglieder. Damit erzielen wir Züchtungserfolge, die auf der Teilhabe und dem Engagement von bäuerlichen Erzeuger*innen basieren. Wir stärken außerdem eine politische Bewegung, die gegen transnationale Agrarkonzerne mobilisiert. Dies machen wir in Zusammenarbeit mit nationalen Bauernorganisationen und der Regierung auf lokaler Ebene. Über die verschiedensten Medien klären wir auch über die Problematik der Gentechnik auf. Durch Radiobeiträge und Fernsehinterviews haben wir schon viele Menschen mit dem Thema erreicht.

Was inspiriert dich persönlich zu deinem Engagement für Saatgutsouveränität?

Am meisten inspiriert mich die Erfolgsgeschichte der Bauern und Bäuerinnen, agrarökologische Anbaumethoden auf „Masipag-Art“ zu fördern. Mit der Zeit haben wir erlebt, wie sie

ihre Lebensumstände in den Bereichen Ernährung, Einkommen und Gesundheit verbessert haben. Außerdem beteiligen sich immer mehr Bauern und Bäuerinnen am Masipag-Programm. Nach drei Jahrzehnten hat sich das Netzwerk im Bereich der ländlichen Entwicklung etabliert. Unsere Regierung erkennt nun an, dass wir einen wichtigen Beitrag zur nationalen Ernährungssicherheit leisten. Im Jahr 2010 wurde ein nationales Gesetz zur

Förderung des ökologischen Landbaus erlassen. Das ist ein positives Feedback für uns. Es zeigt, dass die Bauern und Bäuerinnen und Wissenschaftler*innen von Masipag auf dem richtigen Weg sind.

Cris Panerio:
„Es reicht:
gesundes und
erschwingliches
Essen für alle“



Das Interview wurde geführt und aus dem Englischen übersetzt von Alessa Heuser (MISEREOR).

ALLES, WAS RECHT IST KONZERNMACHT BRAUCHT NEUE UND STRENGE REGELN

von Jutta Sundermann (Aktion Agrar)

Kaum war die Fusionsnachricht aus Leverkusen und St. Louis bekannt, forderten mehrere Kampagnen-Organisationen und Politiker*innen der Grünen die Wettbewerbskommissarin der Europäischen Union (EU), Margrethe Vestager, auf, die angekündigte Fusion zu stoppen. Diese Forderung liegt nahe, zumal Bayer und Monsanto schon einzeln zu groß sind. Sehr aussichtsreich ist sie allerdings nicht. Welche Regeln könnten dem Wachsen und Fusionieren der großen Agrarkonzerne Einhalt gebieten?

Tatsächlich erlaubten schwache Wettbewerbsregeln den Konzernen, in den letzten Jahrzehnten immer weiter zu expandieren: Ob durch Fusionen und Übernahmen, durch Verhandlungs- und Logistivorteile aufgrund ihrer Größe, durch Preisdumping, Steuertricks oder unfaire Geschäftspraktiken. Kleinunternehmen, Bauern und Bäuerinnen, Mensch und Umwelt werden kaum oder gar nicht vor der kontinuierlich wachsenden Marktmacht der Großkonzerne geschützt.

Eine klassische Frage der Wettbewerbsbehörden bei einer geplanten Fusion bezieht sich auf die künftigen Marktanteile der Konzerne. Der gemeinsame europäische Marktanteil der an den drei Mega-Fusionen beteiligten Konzerne würde sowohl bei Saatgut als auch bei Pestiziden mehr als 50 Prozent betragen. Es verbietet sich deshalb, die Fusionsanträge getrennt und nacheinander zu bewerten. Aber die Konzerne spielen auf Zeit. Bayer hat seinen Antrag an

die EU-Kommission noch immer nicht gestellt, während die Frist des Prüfungsverfahrens für ChemChina und Syngenta ausläuft. Ein konsequentes Durchgreifen der Europäischen Kommission ist nicht sehr wahrscheinlich: Nach Jahren neoliberaler Erleichterungen für Fusionen wird praktisch kein Antrag mehr abgelehnt. Üblich sind Auflagen wie das Abstoßen einiger Tochterunternehmen, dann gibt es ein „OK“ aus Brüssel. Die Behörde geht bestenfalls gegen Fusionen vor, wenn sie Preissteigerungen aufgrund erhöhter Marktmacht befürchtet. Auswirkungen der Fusionen auf die Demokratie, auf Zulieferer, auf Umwelt und Menschenrechte berücksichtigt sie nicht.

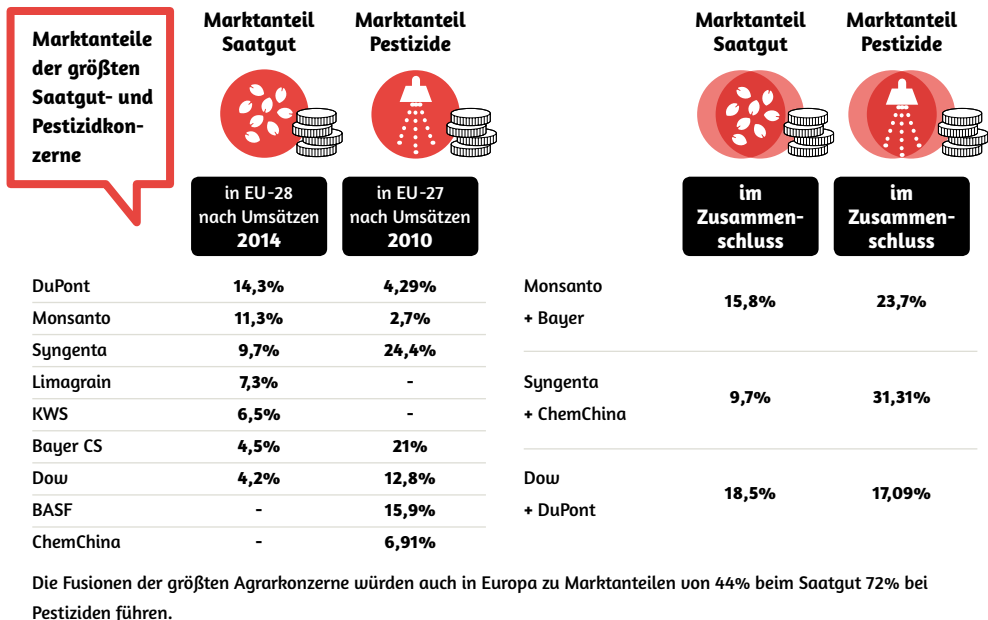
KONZERNMACHT UNKONTROLLIERT

Die USA kennen Regulierungen durch Wettbewerbsbehörden schon seit dem ‚Sherman-Act‘ von 1890. Allerdings wurden die Regeln dort in den letzten Jahrzehnten – vor allem dem intensiven Trommeln der neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler aus Chicago folgend – massiv gelockert. Tatsächliche Marktanteile spielen kaum noch eine Rolle; die Marktmacht der größten Unternehmen nimmt in fast allen Branchen dramatisch zu.

Dabei war das Wettbewerbsrecht in den USA und in der EU in der Vergangenheit wirksamer: So verbot der ‚Meatpackers Act‘ in den USA vor allem in den 1920er Jahren bis kurz nach der Jahrtausendwende den Betreiber*innen von Schlachthöfen, gleichzeitig eigenes Vieh und Ackerland zu besitzen. Damit gelang es, die Marktkonzentration vor allem im Zeitraum

zwischen 1960 und 1980 deutlich zu reduzieren. Die EU legte mit einem Energiegesetz im Jahr 2009 fest, dass große Wettbewerber nicht zugleich relevante Kontrolle über die Erzeugung und Strom- bzw. Gasstrassen sowie das Endkundengeschäft haben dürfen. E.ON und RWE stießen daraufhin Teile ihres Höchstspannungsnetzes und Gasgeschäfts ab. Angesichts der Anbahnung eines Bayer-Monsanto-Riesenkonzerns wäre zu prüfen, ob es der landwirtschaftlichen Vielfalt und der Ernährungssouveränität nicht besser täte, würde die Politik den Konzernen verbieten, Saatgut und Pestizide aus einer Hand zu verkaufen.

Es lohnt sich, die Auseinandersetzung um die Konzernmacht über das Wettbewerbsrecht zu führen! Die Auswirkungen auf die Landwirtschaft und das Menschenrecht auf Nahrung müssen gerade bei Fusionen wie der von Bayer und Monsanto genau geprüft werden. Ab einer Marktbeherrschung von 20 Prozent sollten negative Auswirkungen vermutet und untersucht werden. Nicht zuletzt ist die Zeit reif für wirksame Entflechtungsgesetze, um die Marktmacht einzelner Konzerne in hochkonzentrierten Märkten wieder rückgängig machen zu können.



VORREITER VOR UNSERER HAUSTÜR

– WIDERSTAND UND GELEBTE ALTERNATIVEN

von Lena Michelsen (INKOTA-netzwerk)

Auch wenn Bayer, Monsanto & Co. zunehmend versuchen, den globalen Saatgut- und Pestizidmarkt zu dominieren, gibt es dennoch Lichtblicke. Auch in Deutschland existieren inzwischen viele kleine und größere Initiativen, die sich für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft einsetzen. Sie wirken der Monopolisierung des Saatgutmarktes entgegen und zeigen, wie die Landwirtschaft auch ohne Pestizide auskommen kann.

SAATGUTARBEIT FÜR EINE BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT

So leistet zum Beispiel der Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt e.V. (VEN) seit über 30 Jahren wichtige Arbeit für die Erhaltung genetischer Vielfalt. Als Alternative zu Hybridsorten setzt sich der VEN dafür ein, dass Bauern und Bäuerinnen sowie Gärtner*innen Zugang

zu einer Vielzahl samenfester Sorten haben. Diese werden jährlich in der so genannten ‚Saatgutliste‘ gesammelt und Mitgliedern sowie Gärtner*innen und landwirtschaftlichen Erzeuger*innen zur Verfügung gestellt. Außerdem koordiniert der Verein Sortenpatenschaften für besonders gefährdete Pflanzensorten. Darüber hinaus werden Seminare und weitere Informationsveranstaltungen organisiert und politische Forderungen auf nationaler und internationaler Ebene gestellt.

Dezentral werden im gesamten Bundesgebiet immer mehr Saatgut-Tauschbörsen und Samenfeste organisiert. Politische Initiativen wie die europaweite Saatgut-Kampagne unterstützen Aktive und Engagierte mit Informations- und Aktionsmaterialien und koordinieren eine überregionale Vernetzung.

LANDWIRTSCHAFT OHNE ACKERGIFFTE IST MÖGLICH

Dass Pestizide kein unverzichtbares Mittel für die globale Ernährungssicherung sind, beweisen die vielen landwirtschaftlichen Methoden, die statt chemischer Pflanzenschutzmittel auf die kluge Kombination sich positiv beeinflussender Pflanzen und insgesamt auf einen naturnahen Kreislauf setzen. Im globalen Norden ist vor allem die Permakultur als solch ein Ansatz bekannt.

Der unmittelbare Zugang zu ökologisch erzeugten Lebensmitteln sowie ein Zusammenrücken von Erzeuger*innen und Verbraucher*innen ist auch das Ziel der Solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi). Das Prinzip, dass Verbraucher*innen die beteiligten Höfe finanziell und durch ihre Mitarbeit unterstützen und im Gegenzug über

das ganze Jahr hinweg mit frischen Ernterzeugnissen versorgt werden, ist in den vergangenen Jahren immer beliebter geworden. Daher wurde 2011 das bundesweite Netzwerk Solidarische Landwirtschaft gegründet, das die Bewegung koordiniert und den Aufbau neuer Höfe unterstützt.

DIE LISTE DER ALTERNATIVEN IST LANG

Die genannten Netzwerke und Konzepte sind nur einige Beispiele aus einer langen Liste progressiver Initiativen. So genannte Food Coops (Einkaufsgemeinschaften für Erzeugnisse aus bäuerlicher Landwirtschaft), Stadtgärten und agrarpolitisch aktive Gruppen gibt es in fast jeder Gemeinde und sie freuen sich überall über tatkräftige Unterstützung.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Brot für die Welt

Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
☎ +49 (0)30 652 110
✉ info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

FIAN

FIAN Deutschland e.V.
Food First Informations- & Aktions-Netzwerk
Briedeler Straße 13
50969 Köln
☎ +49 (0)221 702 007 2
✉ fian@fian.de
www.fian.de

Forum Umwelt und Entwicklung

Forum Umwelt & Entwicklung
Marienstraße 19-20
10117 Berlin
☎ +49 (0)30 678 177 574
✉ info@forumue.de
www.forumue.de

INKOTA

INKOTA-netzwerk e.V.
Chrysanthemenstraße 1-3
10407 Berlin
☎ +49 (0)30 420 820 20
✉ inkota@inkota.de
www.inkota.de

MISEREOR

MISEREOR e.V.
Mozartstraße 9
52064 Aachen
☎ +49 (0)24 144 20
✉ info@misereor.de
www.misereor.de

REDAKTION

Alessa Heuser (MISEREOR) / Bernhard Walter (Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst) / Jan Urhahn (INKOTA-netzwerk) / Lena Michelsen (INKOTA-netzwerk) / Marijana Todorovic (Forum Umwelt & Entwicklung) / Roman Herre (FIAN Deutschland) / Sarah Schneider (MISEREOR) / Stig Tanzmann (Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst)

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit des Landes Berlin, von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der Europäischen Union erstellt.

Für den Inhalt dieser Publikation sind die Herausgeber alleine verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuwendungsgeber wieder.

